

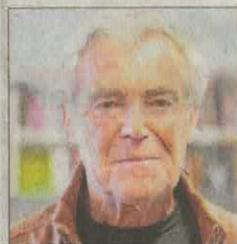
Zwei Dinge sind sein Markenzeichen. Wann immer es im Nahen Osten brennt: Michael Lüders gehört zu den gefragtesten Experten, die im Fernsehen die Konflikte in der Region mit analytischem Blick und klarer Sprache erklären können. Zudem gibt der 56-Jährige in etlichen Büchern Einblicke in den Krisenbogen zwischen dem Maghreb und Afghanistan. Sein neuestes Werk trägt den Titel „Wer den Wind sät“. Lüders arbeitet als Publizist, Politik- und Wirtschaftsberater. Bereits früh eignete er sich Kenntnisse über Nahost vor Ort an. An der Universität Damaskus studierte er zwei Semester arabische Literatur. Danach machte er an der Freien Universität Berlin einen Abschluss in Publizistik, Islam- und Politikwissenschaft. Von 1993 bis 2002 war er Nahost-Redakteur für die Wochenzeitung „Die Zeit“.

14
18.07.2015

DIE LESER



Jan Lienshöft ist Abiturient des Erfurter Königin-Luise-Gymnasiums.



Günter Lux engagiert sich in der Fulbright-Gesellschaft für den Schüleraustausch zwischen Deutschland und den USA.



Horst Heilek ist Präsident der Erfurter Deutsch-Amerikanischen Gesellschaft.



Eberhard Mayer ist für die US-Gesellschaft Tesla tätig, die Elektro-Autos produziert.

Horst Heilek: In Amerika werden nahöstliche Länder wie der Irak anders wahrgenommen als in Deutschland. Warum ist das so?

Es gibt auch in den USA kritische Stimmen. Es wird durchaus gesehen, dass die amerikanische Politik in Afghanistan und im Irak alles andere als segensreich war. Das hat US-Präsident Barack Obama verstanden. Deshalb betreibt er etwa gegenüber dem Iran eine ganz andere Politik als sein Vorgänger George W. Bush.

Die Zeiten, in denen die Amerikaner mit großen Armeeverbänden in andere Länder einmarschieren, sind wahrscheinlich vorbei. Selbstkritik ist aber insgesamt – abgesehen von einigen Teilen der Eliten – in den USA nicht sehr weit verbreitet.

Horst Heilek: Inwieweit hat die amerikanische Nahostpolitik mit den Terror-Attaken des 11. September zu tun?

Das war ein furchtbarer Anschlag, der durch nichts zu rechtfertigen ist. Dennoch gilt es anzumerken: Der 11. September diente den USA als Argument und Vorwand, zunächst in Afghanistan und danach im Irak einzumarschieren – mit Folgen, die bis heute verheerend nachwirken.

El Kaida und Osama bin Laden sind Dämonen, die die Amerikaner und die westliche Politik selber geschaffen haben. In den 80er-Jahren ging es darum, die Sowjetunion in Afghanistan zu bekämpfen.

Die USA haben gemeinsam mit Saudi-Arabien und Pakistan die Mudschaheddin – sogenannte Glaubenskämpfer – für den Krieg gegen die Sowjets bewaffnet. Als die Russen 1989 aus Afghanistan abgezogen waren, entstanden aus dem Umfeld die

ser Mudschaheddin die Taliban und El Kaida.

Günter Lux: Haben die Amerikaner im Irak ähnliche Fehler gemacht wie in Afghanistan mit den Mudschaheddin?

Es ist die Wiederholung eines fatalen Fehlers. Der Irak war von Saddam mit eiserner Faust zusammengehalten worden. Die Schiiten stellen in dem Land zwar die Bevölkerungsmehrheit, aber die Sunniten haben seit der Zeit des Osmanischen Reiches die Macht ausgeübt.

Durch den Sturz Saddams 2003 wurden die Sunniten von den Führungspositionen entfernt. Bei den Wahlen 2005 errangen die Schiiten die parlamentarische Mehrheit. Das Problem ist, dass sich die Schiiten an den Sunniten für die jahrhundertlange Unterdrückung gerächt haben.

Gleichzeitig haben die Amerikaner die irakische Armee, die Geheimdienste und die regierende Baath-Partei von Saddam aufgelöst. Diese Leute sind in den Untergrund gegangen. Es entstand eine sunnitische Widerstandsbewegung gegen die amerikanische Besatzung und gegen die schiitische Vorherrschaft. Aus dieser sunnitischen Untergrundbewegung ist 2008 als eine von mehreren Gruppierungen der „Islamische Staat“ hervorgegangen. Der „Islamische Staat“ wäre ohne die unkluge Politik der Amerikaner nicht entstanden.

Eberhard Mayer: Warum hat man Leute wie den damaligen US-Vizepräsidenten Dick Cheney nicht als Kriegsverbrecher vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag angeklagt?

Zunächst einmal erkennen die Amerikaner die Jurisdiktion des Internationalen Gerichtshofes

in Den Haag nicht an. Aber klar ist: Die USA haben mit der Irak-Invasion einen klaren Verstoß gegen internationale Rechtsnormen begangen. Das war ein imperialer Angriffskrieg – es gab kein Mandat der Vereinten Nationen.

Jan Lienshöft: Wie sehen Sie die Chancen einer möglichen Stabilisierung der Region in den nächsten 10 bis 20 Jahren? Wird es wieder selbstständige Staaten geben?

Das wird deswegen schwierig, weil die Staaten reihenweise zerfallen. Die arabischen Staaten erleben gerade einen Transformationsprozess, sie häuten sich. Sie leben in einer Übergangsphase von Feudalstaatlichkeit hin zu einer modernen Industriegesellschaft.

In dieser Übergangsphase versuchen die feudalistischen Kräfte der Beharrung – die Vertreter von Clans, Stammesverbänden oder von religiösen und ethnischen Gruppierungen –, ihre Macht um jeden Preis zu verteidigen.

Die Arabische Revolte, in der gerade die Jugend nach mehr Freiheit und besseren Lebensverhältnissen suchte, wurde gekapert von zwei Extremen: zum einen durch den „Islamischen Staat“, zum anderen von Militärregimen und reaktionären politischen Systemen, vor allem von Ägypten und Saudi-Arabien. Beide Staaten sind die Verkörperung von feudalistischen Normen.

Die westlichen Staaten unterstützen diese Regimes in der irri- gen Annahme, sie könnten dadurch Stabilität erzeugen. Das ist aber ein Trugschluss. Eine Befriedung der Region wird es auf absehbare Zeit nicht geben. Es wird eher noch schlimmer werden, bevor es sich irgendwann einmal bessert.



Michael Lüders (3. von links) im Leser-Interview mit: Horst Heilek, Jan Lienshöft, TA-Chefredakteur Paul-Josef Raue, Eberhard Mayer, Günter Lux (von links).

Günter Lux: Welche Auswirkungen könnte diese instabile Lage auf Europa haben?

Es gibt sicher eine abstrakte Terrorgefahr in Europa. Aber die ganze Terror-Hysterie kann ich nicht nachvollziehen. Es ist nicht auszuschließen, dass es irgendwann auch in Deutschland einen Anschlag geben wird wie in Paris im Januar. Aber die Politik instrumentalisiert die Ängste. Wenn wir uns die Entwicklung in Deutschland seit der Wiedervereinigung anschauen: Die meisten Toten hat es durch Terroranschläge von Rechtsextremisten gegeben, nicht durch solche von Islamisten.

Natürlich ist der „Islamische Staat“ eine sicherheitspolitische Herausforderung.

Eine viel größere Herausforderung ist jedoch die Frage: Wie gehen wir mit den vielen Flüchtlingen aus den Krisenländern um? Es gibt Schätzungen, dass in den nächsten Jahren 10 bis 20 Millionen Menschen aus Nordafrika, Schwarzafrika und dem Nahen Osten den Weg über das Mittelmeer suchen könnten.

Günter Lux: Was halten Sie von den Behauptungen aus rechtsextremen Kreisen, wonach die deutsche Gesellschaft durch Flüchtlinge unterwandert werde?

Das ist Unsinn. Selbstverständlich muss man berücksichtigen, dass hinter „Pegida“ die Sorge vieler Menschen steckt. Die haben das Gefühl, von der Politik nicht mehr ernst genommen zu werden. Damit verbinden sich oft soziale Abstiegsängste.

Allerdings verorten viele, die sich bei „Pegida“ engagieren, den Feind an falscher Stelle. Sie sehen im Islam und in den Muslimen die Quelle allen Übels. Sie erkennen nicht, dass die Ursachen für die vielen wirtschaftspolitischen Unsicherheiten vor allem im Neoliberalismus liegen, in einer finanzkapitalistischen Ordnung, die kaum noch unter Kontrolle zu bringen ist.

Eberhard Mayer: Das Golfemirat Dubai ist sehr stark von Arbeitern aus dem Ausland abhängig. Aber diese haben nur sehr eingeschränkte Rechte, obwohl die Araber in der Minderheit sind. Irgendwann funktioniert das Modell doch nicht mehr?

Gerade die kleineren Golfstaaten sind ein Beispiel für den blockierten Wandel von einer Feudalgesellschaft zu einer modernen Gesellschaft. Die politischen und sozialen Strukturen sind feudalistisch geprägt. Das wird dadurch sichtbar, dass überall Familien-Dynastien an der Macht sind. Eine politische Pluralität gibt es nicht.

Die Machthaber nehmen sehr viel Geld in die Hand und inves-

tieren es – anders, als dies etwa bei dem libyschen Herrscher Muammar al-Gaddafi der Fall war. Dadurch ist bei der eigenen Bevölkerung ein hohes Maß an Zufriedenheit vorhanden.

Eberhard Mayer: Islam, Christentum und Judentum haben eine breite gemeinsame Basis. Kann dieses verbindende Element nicht die Lösung sein?

Auf jeden Fall. Im Idealfall ist Religion die Aufforderung an den einzelnen, ein humanistisch bestimmtes, im Geiste der Toleranz gestaltetes Leben mit seinen Mitmenschen zu führen. Aber die Frage, wie Religion im Alltag gelebt wird, entscheidet sich immer an den sozialen, gesellschaftlichen und politischen Umständen.

Wenn das Umfeld kriegerisch ist, wird die Religion anders gedeutet werden als in einem humanistisch-liberalen Umfeld.

Jan Lienshöft: Ist das Problem nicht, dass die herrschende Klasse Sündenböcke braucht, um von irgendetwas abzulenken – zum Beispiel von der größer werdenden Schere zwischen Arm und Reich?

In der Politik geht es selten darum, soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen. Wenn man das täte, müsste man in Deutschland über ein anderes Steuerrecht nachdenken, zum Beispiel bei der Erbschaftssteuer. Insofern gehören Ablenkungsmanöver zur Politik.

Hinzu kommt, dass sich die Medien nicht mehr in der Rolle eines Aufklärers, als vierte Gewalt sehen. Sie erzeugen vielmehr einen medialen Grundton, um mit einem Duktus der Aufregtheit in einem Klima der Aufregtheit mitspielen zu können. Es gibt in der Politik und in den Medien eine Tendenz zur Skandalisierung.

Günter Lux: Ihr Buch heißt „Wer den Wind sät“. Der Satz geht weiter mit den Worten „... wird Sturm ernten“. Was können wir tun, um nicht von diesem Sturm weggeblasen zu werden?

Es gibt keine Patentlösung. Wir leben in einem Zustand globaler Vernetzung in politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht. Einzelne Staaten haben darauf kaum noch Einfluss. Vielleicht sollte jeder einzelne in seinem Umfeld klären, was er mittragen möchte. Wie verhält man sich zu „Pegida“? Wie verhält man sich zu Rechtspopulismus? Wäre man eventuell bereit, Flüchtlinge in seinem Wohnumfeld aufzunehmen? Ich würde mir wünschen, dass die Deutschen und die Europäer künftig ihre Interessen viel selbstbewusster wahrnehmen.